

Die Zeit

Sozialdemokratische Tageszeitung
für
Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Das „Wahlsblatt“ erscheint jeden Montag; Sonn-
tägliche und die illustrierten Beilagen „Wahl und Zeit-
Illustration“ erscheinen am Samstag. Die Beilagen sind
kostenlos beizugeben. Das „Wahlsblatt“ ist das
Publikationsorgan der gewerkschaftlichen und ge-
werkschaftlichen Organisationen und anderer gewerkschaft-
licher Verbände. — Schriftleitung: Post 4244
Halle, Saale, zwei Treppen, Telephon 4244
Verlag: Staatsverlagsanstalt Mittelsachsen 12 bis 1 Uhr

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt
monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühr,
halbjährlich 10,- Mark. — Werbebezugspreis monatlich
2 Mark ab 1000 Mark gegen Einzahlung, 2,50 Mark
mit Beleggeld, am Besten abnommen 2,40 Mark.
Anzeigenpreis: 10 Pfennig im Voraus und 20 Pfennig
im Nachhinein. — Druckerei: Druckerei
Halle: Post 4244, Telephon 4205. — Druckstelle:
Dr. Ulrichstraße 27. — Postfach 20119, Erfurt

43 Todesopfer.

Furchtbare Grubenkatastrophe.

Explosion eines Sprengstoff- Magazins.

Wachsende Zahl der Toten. / 27 Verletzte.

Dortmund, 17. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Am Sonntagmorgen ereignete sich auf der Zeche „Dortfeld“ bei Dortmund ein furchtbares Grubenunglück, indem das Sprengstoffmagazin auf der Wetterlöcher in die Luft flog. Die Zeche „Dortfeld“ gehört zu den ältesten Steinkohlensbergwerken in G. und ist während der Besetzung unter der Verwaltung der Regie. Die furchtbaren Folgen der Explosion ereigneten sich aus der Menge der Sprengmittel, die mit 2000 Kilogramm anmoderiert werden.

Das Preussische Oberbergamt in Dortmund teilt zu dem Inhalt mit: „Die Explosion auf der Schachtanlage „Dortfeld“ bei Dortmund am 16. Mai hat 34 Tote gefordert, unter denen sich auch der Betriebsleiter des hauptstädtlich betrieblernen Reviers befindet. Drei weitere Tote, die wahrscheinlich ebenfalls tot sind, werden noch vermisst. 18 Mann sind teils leicht, teils schwer verletzt. Die Verunglückten sind bis auf die drei Vermissten geborgen. Sämtliche Grubenbau sind betroffen. Eine weitere Gefahr besteht nicht mehr. Nach den letzten Feststellungen hat die Explosion des Sprengstoffmagazins auf ein etwa 1000 Meter entfernt liegendes Wetter übergesprungen, in dem 18 Personen in Folge getötet wurden. Hier ist die Explosion anscheinend an dem Schichtaub der Arbeiter eines Abzuges nochmals auszusammeln. Das hat die meisten Opfer gefordert. Die ganzen Gruben waren, wie mehrfach durch Befragungen festgestellt, durch Gasvergiftungen und seitlichen Einsturz gefährdet. Die Gasvergiftungen löst sich leider nicht überall an den Hauptabzügen selbst aus, wodurch es an demnächst ermöglicht worden ist, daß die Explosion überhaupt auf das betroffene Revier in dem vorliegenden Umfange hat übergriffen können.“

Die Zahl der Toten hat sich im Laufe des Sonntagmorgens aber schon auf 39 erhöht, da von den 30 Verletzten einige verstorben sind. Wahrscheinlich muß mit 40 Toten gerechnet werden. Die Verletzten sind in dem Brüder-Steinbau, im Unten-Schichtaub und in sämtlichen Stollenbau zu Dortmund untergebracht. Die Zahl der Toten ist noch nicht abgelaufen, lieber die Explosionen in der Zeche sind noch nicht abgelaufen. Es ist zu erwarten, daß eine amtliche Untersuchung einleitet werden. Die Toten, die zum Teil furchtbar verblutet wurden, sind in der Walschule der Zeche aufgebahrt.

Der Hauptaktionär der Zeche „Dortfeld“ ist die Firma Schmidt (Anstalt), deren Vertreter Winkler des Aufsichtsrats der Berliner Distrikts-Gesellschaft ist, der gleichen Distrikts-Gesellschaft, deren Geschäftsführer Dr. Salomonson gleichzeitig als Aufsichtsratsvorsitzender der Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. fungiert und der die Verwaltung des „Minister Stein“ feierzeitlich übernahm. Der Unfallkatastrophe 5 wurde Mitte 1920 abgetreten. Bereits im Jahre 1905 ertrug die „Dortfeld“ ein Unfall, das sechs Tote forderte. Im Jahre 1916 noch ein fünf Tote auf Schicht 2, im Jahre 1918 auf dem gleichen Schicht zwei Tote und zwölf Schwerverletzte. 1922 forderte ein Unfall auf „Dortfeld“ 1 und 4 Tote. Die wöchentlichen Unglücksfälle sind in diesen Zahlen natürlich nicht berücksichtigt. Wie berichtet wird, sollen schon am vorhergehenden Tage sich an der Wetter löcher gefallene und demontiert worden sein.

Dortmund, 18. Mai. (WZ.)

Wie uns die Jochenverwaltung Dortmund um 12 Uhr nachts mitteilt, sind von den im Krankenbau eingelieferten Verletzten nach ihren Verletzungen erfolgt. Außerdem befindet sich noch immer einer der Verunglückten in der Grube, der entgegen einer früheren Mitteilung der Jochenverwaltung trotz aller Bemühungen noch nicht geborgen werden konnte.

Anzufrieden mit Hindenburg. Erfahren ohne Wohlgefallen.

Der neue Reichspräsident hat die Zeremonien des Amtsantritts kaum hinter sich, so meldet sich schon der erste Unzufriedene, der im traurigen Nachhinein in den amtlichen Kundgebungen Hindenburgs vermisst. Im „Reichswort“ schreibt der völkische Graf Rebenlow:

Man kann nicht in Abrede stellen, daß sehr viele Kreise in Deutschland eine ausgesprochene Reichspolitik vom neuen Präsidenten erwarten und erhoffen. Wir glauben dies nicht, sind im Gegenteil überzeugt, daß Hindenburg unbedingt über den Parteien und zwar über allen stehen will, daß er die beiden Parteien und Entscheidungen treffen wird, die manche Herren von rechts in Erfahren ohne Wohlgefallen leben werden.“

Der Leser ist gebeten, die nachstehend zusammengestellten Ausführliche Hindenburgs sorgfältig zu lesen. Er wird ohne weiteres

Dortmund, 18. Mai. (Rabionelung.)

Die Zahl der Toten auf Zeche Dortfeld hat sich nach Mitteilungen der Grubenverwaltung im Karte des Sonntagmorgens auf 41 erhöht. Von den Schwerverletzten sind gegen Sonntag abend bereits vier gestorben, mehrere andere schweben noch in Lebensgefahr. Die Leiche des Revierleiters kommt Sonntag abend gegen 8 Uhr geborgen werden. Entgegen dem Bericht des Oberbergamtes aus die Jochenverwaltung die Zahl der Verletzten auf 27 an. Bei der Nachzahl der Toten scheint der Tod durch Erstickung eingetreten zu sein.

Dortmund, 18. Mai. (Rabionelung.)

Die Verwaltung der Zeche Dortfeld gibt heute morgen 8 Uhr bekannt, daß die Zahl der Todesopfer, infolge Ablebens weiterer zweier Schwerverletzter auf 43 gestiegen ist. Drei Schwerverletzte befinden sich noch in Lebensgefahr. — Sobald nach der im Laufe des heutigen Tages erfolgenden Untersuchung, die Staatsanwaltschaft die Leiden zur Feststellung freigeht, wird nach gemeinsamer Beratung mit der Jochenverwaltung und den Angehörigen der Opfer, der Beerdigungstermin festgesetzt werden. Das warme Wetter macht eine schnelle Beerdigung erforderlich. Vorausgesetzt wird die Beerdigung der Opfer am Mittwoch erfolgen. — Entgegen einer früheren Mitteilung der Jochenverwaltung, konnte trotz aller Bemühungen einer der Verunglückten noch nicht geborgen werden.

Die Entkennungsurkunde.

Berlin, 18. Mai. (Privattelegramm.)

Nach einer Meldung des „Montag“ aus Dortmund ist die Explosion auf Zeche Dortfeld wahrscheinlich auf die Zerstörung von alten Sprengstoffen zurückzuführen, die zur Selbstentzündung geführt haben. Die Gerichte, wovon Streikrichter an der Explosionsstelle in großer Masse gefunden worden seien, die auf starkes Blausäuregas und Phosphorsäure hinweisen und Gerichte, daß dies die Ursache des Unfalls sei, seien unhaltbar.

Das Beileid der Offizialen.

Berlin, 18. Mai. (Rabionelung.)

Nun ist dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler hat auch der Reichsarchivminister ein Telegramm an die Verwaltung der Zeche Dortfeld geschickt. Er richtete gleichzeitig folgendes Telegramm an den Bezirksrat der Grube:
„Ziel erfüllt von dem entsetzlichen Unfall, das eine so große Zahl Ihrer Kameraden in der Volkstafel ihrer Jahre dahingeroht hat, spreche in Ihnen allen mein warmes Beileid aus. Ich bin überzeugt, daß alles geschehen wird, um die durch das Unglück hervorgerufene Not zu lindern.“

Das sind die offiziellen Redensarten, denen gewöhnlich der Bruch der gegebenen Versprechungen folgt.

Bergarbeiter-Internationale und Grubenkatastrophe.

Amsterd., 18. Mai. (Rabionelung.)

Anlässlich der zunehmenden Grubenkatastrophen wird der Ausschuss der Bergarbeiter-Internationale in Kürze zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenzutreten, um einheitliche Maßnahmen für die Sicherheitsmaßnahmen im Bergbau festzusetzen. Zur Teilnahme an der Sitzung sollen Vertreter der Kohlenfördernden Länder, sowie Vertreter des Arbeitsrates des Völkerbundes eingeladen werden.

feststellen müssen, daß Hindenburg Ansichten betont und Standpunkte angenommen hat, welche jeder Deutsche national und sicher sehr viele Völkische als aus seinem Munde „ganz unmöglich“ ansehen haben. Zu der schon neulich festgestellten Anerkennung des Versailles Vertrages als eines verpflichtenden Dokuments kommt hier die warme Anerkennung Ebers, seiner Tätigkeit und seiner Einstellung als einer vaterländischen. Das ist das Weltansehen zur Republik mit der sehr nachdrücklich Bewusstseins der Souveränität des Volkes als dem tiefen Sinn der Befreiung entsprechend. Das sind Dinge, die man grundsätzlich auf der deutschen Seite nicht erwartet hat.“

Dazu bemerkt der „Vorwärts“: Das Wohlgefallen hat sich schon in Erfahren ohne Wohlgefallen gewandelt. Wir können die Stimmung der Erfahren nachprüfen. Erst ihre Wahlallegation und ihre Hoffnungen, dann die Kundgebungen Hindenburgs — das verhält sich etwa so wie die geschwollene augenpolitische Wahlpropheze der Deutschenationalen zu ihrer tatsächlichen hilflosen Anerkennung der Politik des Sicherheitsrates.

„Liberale“ Vereinigung.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß gewisse Kreise der Deutschen Volkspartei und ein Teil der rechtsgerichteten Persönlichkeiten bei den Demokraten auf die Bildung einer neuen Partei hinwirken. Als Bauarbeiter dieses neuen Parteienbundes ist heute speziell die „Liberale Vereinigung“ zu betrachten, die im Jahre 1924 entstand und deren Ursprung in der Veränderung gewisser demokratischer und volksparteilicher Abgeordneter über die Politik ihrer Parteiführer zu finden ist. Inzwischen hat diese „Liberale Vereinigung“ nicht etwa Zuwachs an Anhängern, sondern an einzelnen unzufriedenen Parteipolitikern erhalten. Das allein war für sie Anlaß genug, sich am Samstag der Öffentlichkeit vorzustellen.

Erschienen waren neben Herrn Dr. Schiffer der ehemalige preussische Finanzminister von Richter und Professor Kahle, außerdem Herr Fischeid von den Demokraten, Admiral Truppel, Herr von Oheimb, Herr von Siemens und Professor Nordhoff. Es handelt sich also um Persönlichkeiten, die teilweise noch Anhänger der demokratischen Partei und der Volkspartei sind. Die Vorträge liefen speziell in der Richtung einer Absichten, die Herr Streckmann seit langem verfolgt und die darauf hinauslaufen, zwischen dem heutigen Staat und der Vergangenheit ein Kompromiß zu schaffen. So will man a. B. die Weimarer Verfassung, weil sie nun einmal existiert, zwar bestehen lassen, aber in verschiedener Hinsicht ändern, und viele andere wichtige Dinge des heutigen Staates anerkennen, aber in ihrem Kern erlösen.

+ Halle (Saale), 18. Mai.

Zu der vorstehenden Mitteilung unserer Berliner Redaktion wollen wir noch das Folgende nachtragen:

Zu den Aktivitäten der „Liberale Vereinigung“ gehört auch die Tatsache, daß August Müller, former Reichspräsident für Gewerkschaftsangelegenheiten an der Berliner Universitäts, Mitglied der neuen Vereinigung ist. Müller schied feierlich aus der SPD, aus, da die Inflationenstürzen an seinem Geiste nicht ganz spurlos vorbeigegangen waren. Daß er diese Wenden, im Gegensatz zur SPD, bereits heute nicht überwinden hat, beweisen die Tatsache, daß er heute mit Frau von Oheimb, Dr. von Richter, Reichsminister a. D. Schiffer, Professor Gerland (Jena) und dem Grafen von Silberberg eine gerade gemeinsame Front macht. Sieht man sich die Äuße dieser Leute des näheren an, so fällt auf, daß es sich in der Spitze dieser Partei um Politiker handelt, deren parlamentarischer Ehrgeiz in den letzten Jahren nicht geringe Dienste geleistet haben. Die Aufgabe der Vereinigung eine Vereinigung der demokratischen und volksparteilichen Kreise zu einer sogenannten liberalen Partei der Mitte anzustreben, die weder die Wenden links, noch rechts abbrechen will. Ist doch Schiffer deswegen mit der Demokratischen Partei verfallen, weil sie die ablehnte, die Koalition mit den Deutschenationalen mitzumachen, und haben doch am Samstag aber prominente Mitglieder der Liberalen Vereinigung, Prof. Dr. Meißner, sowie Reichsstaatsangehöriger Fischeid, sich gegen den Ausbruch der Sozialdemokratie von der Verantwortung erklärt. Meißner hat unter anderem ausgeführt: „Die Aufgabe der Liberalen Vereinigung mußte es besonders sein, im Bürgerkrieg zu wirken. Denn die bürgerlichen Schichten seien in Deutschland in ihren politischen Anschauungen zerstückt und einem sozialen und politischen Enobismus hingeegeben. In entsprechendem Maße besträbe das geistige Leben der bürgerlichen Schichten die Bindung des Milieus und die gesellschaftliche Konzentration. Er wies darauf hin, wie die politische organisierte Arbeiterschaft nach dem Zusammenbruch des Reiches durch die Entrenten für den neuen Staat das deutsche Milieu zu zerstören angetrieben habe. Dadurch haben die Arbeiter bemerkt, daß sie auch in ihrem politischen Verstreuen in der deutschen Kulturgemeinschaft wurzeln. Das wollen große Teile des Bürgertums nicht wahr haben. Hier aufklärend zu wirken, sei die wichtigste Aufgabe des deutschen Liberalismus.“

Am selben Tage sprach der Berliner Industrielle v. Siemens für die Geburt der Produktion des Volkes, die selbstverständlicherweise, ohne daß Siemens das ausspricht, noch seiner Meinung nur durch verlängerte Arbeitszeit erreicht werden kann. Siemens wurde feierlich von den Demokraten Berlins wegen seiner politische reaktionären Einstellung nicht mehr als Reichsstaatsangehöriger anerkannt. Zur selben Vereinigung gehört die Partei der Grafen v. Helldorf aus Jena, ein berühmter Reichsstaatsangehöriger. Es ist also eine recht bunte Gesellschaft, die sich zu zusammenschließen hat. Beacht man weiter, daß in den Reihen dieser Leute die ganze Obhut von den Demokraten für die Verantwortung übertragen wird, daß man die Republik wohl anerkennt, ihre Verfassung jedoch auch nicht modifizieren, das Wahlalter heraufsetzen, die Regierungserfahrungen des Reichspräsidenten erweitern, den Parlamentarismus beibehalten und nebenher und in preußischer Provinzialverwaltung machen möchte, so kann man sich sehr wohl vorstellen, daß diesen drei unzufriedenen

